

Pressemitteilung zur geplanten Klärschlammverbrennung in Erwitte

Die aktuelle Debatte über die Klärschlammverbrennung im Erwitter Rat und die anschließenden Statements ehemaliger Politiker zeigen, dass ein neuer Politikstil in Erwitte dringend notwendig ist.

Noch immer wird von weiten Teilen der Erwitter Politik versucht den Bürger möglichst spät oder überhaupt nicht in wichtige Entscheidungsprozesse einzubinden und zu informieren. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um Umsiedlungsversuche von Schweinemastanlagen in Renaturierungsgebiete geht oder, wie gerade jetzt, um die Ansiedlung von verkehrintensiven Gewerbebetrieben wie einer Klärschlammverbrennungsanlage und einer Spedition. Die Politik fürchtet die Bürger*in und was sie zu sagen hätten- Deshalb werden sie in diese Projekte möglichst spät oder gar nicht mit eingebunden.

Der Vorwurf der „Angstmacherei“ oder „Panikmache“ gegenüber denen, die Bedenken äußern und Informationen fordern, soll von der eigenen Frustration ablenken, dass in der neuen Wahlperiode Themen nicht mehr so einfach unter dem Tisch gehalten werden können.

Die Fraktion der Grünen hat in dieser Angelegenheit von Anfang an sachlich argumentiert und eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung gefordert. Auch die Parteien, die in der letzten Ausschusssitzung ähnliches gefordert haben, fordern wir auf konkrete Taten folgen zu lassen. Sonst bleiben es Lippenbekenntnisse. Denn man hätte schon längst, auch in Zeiten von Corona, eine zugängliche Informationsveranstaltung machen können, wenn man dies tatsächlich gewollt hätte.

Immer wieder werden die gleichen Argumente über Arbeitsplätze und Gewerbesteuer hochgeholt, die polemisch Ängste schüren sollen. Die potenziellen 10-15 Arbeitsplätze werden weder Heilsbringer für Erwitte sein, noch werden wir in den nächsten Jahren nennbare Gewerbesteuerereinnahmen erwarten können.

Stattdessen ist zu befürchten, dass die Ansiedlung einer Klärschlammverbrennungsanlage das umgebende Gebiet für andere Gewerbebetriebe unattraktiv macht.

Durch die zusätzlichen Emissionen, sowohl durch die Klärschlamm-Monover-brennungsanlage, als auch durch den zusätzlichen Verkehr, befürchten wir Grenzwertüberschreitungen- beispielsweise bei den Stickoxiden. Erwitte ist schon jetzt durch die Emissionen der Zementwerke, des Asphaltmischwerks, der Müllverbrennung und des Straßenverkehrs sehr stark vorbelastet.

Um eine solche Anlage in Erwitte anzusiedeln muss man den Erwitter*innen die Möglichkeit geben sich zu beteiligen, zu diskutieren, und Fragen zu stellen. Denn es sind die Bürger*innen in Erwitte welche letztlich mit den Konsequenzen leben müssen. Nicht nur diejenigen, die im Rat sitzen.

Mit grünen Grüßen

Janina Metten
(Sprecherin)

Thomas Reimann
(Sprecher)

Erwitte, den 25.02.2021